

Noltze, Karl

Working Paper

Die ordnungspolitische Strategie des Landes Sachsen im internationalen Standortwettbewerb

Ordnungspolitische Diskurse, No. 2007-10

Provided in Cooperation with:
OrdnungsPolitisches Portal (OPO)

Suggested Citation: Noltze, Karl (2007) : Die ordnungspolitische Strategie des Landes Sachsen im internationalen Standortwettbewerb, Ordnungspolitische Diskurse, No. 2007-10, OrdnungsPolitisches Portal (OPO), s.l.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/55400>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy



Noltze, Karl

**Die ordnungspolitische Strategie
des Landes Sachsen im inter-
nationalen Standortwettbewerb**

Diskurs 2007 – 10

Noltze, Karl

Die ordnungspolitische Strategie des Landes Sachsen im internationalen Standortwettbewerb

Abstract

The German economic policy is characterized by the conception of “Ordnungspolitik”, which may be translated as economic order policy. The same is true for the Saxon strategy in the international competition for mobile production factors, especially foreign direct investments. Saxony is anxious to improve its political and economic framework for entrepreneurs, including infrastructure measures as well as a reduction of bureaucratic obstacles or an improvement of the scientific cooperation in Saxony. Main infrastructure measure in the current past has been the expansion of the airport Leipzig/Halle which is the central axis of mobility in our region today. An additional infrastructure project is the highway from Leipzig to Chemnitz (A72) which will connect two economic centers in Saxony in the near future. It has been the focus of the Saxon governmental endeavor to put the bills of these projects through as soon as possible. Additionally, the efforts of the Saxon government to improve the cooperation between scientific institutions like universities as well as universities of applied sciences and private enterprise must be emphasized. In this way the Saxon government has been able to induce a large number of economic settlements and direct investments in Saxony. The rate of unemployment could be reduced, too. But there are additional challenges for the Saxon “Ordnungspolitik” in the future, too.

Keywords:

Saxony, infrastructure competition, FDI

Regierungspräsident Karl Noltze, Regierungspräsidium Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, Germany.

Noltze, Karl

Die ordnungspolitische Strategie des Landes Sachsen im internationalen Standortwettbewerb

1. Ordnungspolitische Herausforderungen für Sachsen

Eine an den Anforderungen des modernen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ausgerichtete, zukunftsorientierte Ordnungspolitik ist heute, unter den vorherrschenden Rahmenbedingungen, die meistens mit Schlagworten wie „Globalisierung“ oder „Liberalisierung“ umschrieben werden, mehr denn je ein bedeutender, ja oft ein entscheidender Standortfaktor. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich – schon lange vor der deutschen Wiedervereinigung – für die (soziale) Marktwirtschaft als konkretes Ordnungssystem der Wirtschaft entschieden. An die Fortführung oder gar Übernahme einer Zentralverwaltungswirtschaft hat 1990 – nach ihrem offensichtlichen Scheitern – kein halbwegs vernünftiger Mensch gedacht.

Der Staat – und dies gilt selbstverständlich auch für den Freistaat Sachsen – muss die Voraussetzungen schaffen, unter denen sich Wirtschaft, d.h. Industrie und Gewerbe, ansiedeln, entfalten und – „last but not least“ – Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen können. Dass dabei den Anforderungen von Ökonomie und Ökologie gleichermaßen Genüge getan werden muss, ist nicht erst seit der Intensivierung der Debatte um den globalen „Klimawandel“ selbstverständlich. Dies kann und soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben. Eine zeitgemäße Ordnungspolitik zu betreiben, heißt für die Sächsischen Staatsregierung wirtschaftlicher und unternehmerischer Betätigung beste Bedingungen zu bieten und nur dort und nur soweit regulierend einzugreifen, wo dies im übergeordneten allgemeinen Interesse erforderlich und sinnvoll ist.

Dabei ist die Schaffung der vielfältigen Voraussetzungen für eine weitere erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung unseres Freistaates und insbesondere unserer Region Südwestsachsen eine Aufgabe, die gleichermaßen von überragender Wichtigkeit wie von großer Komplexität ist. Die in den Erfahrungsaustausch und die Diskussion der

vielfältigen damit einher gehenden Fragen investierte Zeit ist daher mit Sicherheit gut angelegt.

Eine stringente, zielgerichtete und heutigen Anforderungen gleichermaßen umfassend und flexibel Rechnung tragende Ordnungspolitik ist heute „conditio sine qua non“, um eine Region im Wettstreit um industrielle und gewerbliche Ansiedlungen und damit um Arbeitsplätze gut zu positionieren sowie um bestmögliche Voraussetzungen für deren wirtschaftliche Entwicklung als Grundlage von individuellem Wohlstand und sicheren Lebensverhältnissen zu schaffen. Hierzu muss eine Vielzahl an Faktoren unter perspektivischem Blickwinkel gesteuert und bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Auf einige dieser aus meiner Sicht primär relevanten Faktoren soll hier eingegangen werden. Dabei werde ich mit meinen Ausführungen das komplexe Gebiet, den weiten Begriff der „Ordnungspolitik“ nicht erschöpfend abdecken und nicht in der vollen Breite und Tiefe, die dieser hoch interessanten Materie immanent ist, behandeln können.

Ausgehend von gewachsenem Verständnis der Ordnungspolitik als Gesamtheit der staatlichen Maßnahmen, welche auf die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens gerichtet sind, fällt doch auf, dass die Rechtsmaterien, welche diesen Bereich zum Gegenstand haben, in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend bundesgesetzlich geregelt oder zumindest determiniert sind. Den Bundesländern, darunter dem Freistaat Sachsen, verbleiben hier allenfalls moderate Spielräume, die es natürlich gleichwohl effektiv zu nutzen gilt. Für mich als „Praktiker“ ist daher der Wettbewerbsgedanke von besonderem Interesse, bieten sich hier doch die größten Handlungsräume, die in regionalem bzw. sachsenweitem Rahmen mit Leben und innovativen Ansätzen ausgefüllt werden können. Ich werde daher gleich auf einige grundlegende Ansätze der seit Jahren erfolgreichen sächsischen Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik eingehen und dabei den Versuch unternehmen, deren Wirkungen durch einige praktische Beispiele deutlich zu machen.

2. Strategien im Standortwettbewerb

Wirtschaftliche Entwicklung und wirtschaftlicher Erfolg werden im Großen wie im Kleinen durch eine Mehrzahl von Akteuren geprägt, in erster Linie natürlich durch die Wirtschaftsunternehmen selbst, durch deren Ideen, ihre Innovationskraft und ihre

strategische Ausrichtung. Doch auch der Staat hat vielfältige Möglichkeiten der Einflussnahme, zum Beispiel durch die Definition der Grundsätze, nach denen er die Wirtschaft fördert und fordert. Ein ganz wesentliches Element der Wirtschaftsförderung ist natürlich auch im Freistaat Sachsen die direkte finanzielle Unterstützung von Unternehmen durch das Ausreichen von Fördermitteln, wobei es – ganz selbstverständlich – in Zeiten kleiner werdender Fördertöpfe mehr denn je darauf ankommt, diese Mittel zielgerichtet und nachhaltig, also zukunftsorientiert, einzusetzen.

Ich denke, dass sich gerade vor diesem Hintergrund die langjährige Politik des Freistaates, nicht nach dem „Gießkannen-Prinzip“ zu fördern, sondern gezielt auf die viel zitierten „Zukunftsbranchen“ mit Ausstrahlungswirkung auf weitere Industriezweige, auf branchenspezifische und branchenübergreifende sowie regionale Verbände und auf die Entwicklung modularer Fertigungstechniken zu setzen und auch dadurch die Entstehung von „Wachstumsclustern“ – von denen unsere Region im Großen wie im Kleinen einige zu bieten hat – zu erreichen, ausgesprochen gut bewährt hat. Gleichmaßen von Bedeutung für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung sind natürlich auch die infrastrukturellen Voraussetzungen, wobei der Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur in der heutigen Zeit eine besondere Bedeutung zukommt. Dabei soll aber darauf hingewiesen werden, dass unter „Infrastruktur“ eine Vielzahl von Faktoren fallen, sowohl Hard- als auch Soft-Facts, z.B. Wasser- und Abwasserzweckverbände, geordnete Abfallentsorgung; Umweltschäden; Brachen.

2.1 Beispiel Flughafen Leipzig/Halle

Sehr gut illustrieren lässt sich der große Wert einer modernen Anforderungen gerecht werdenden Verkehrsinfrastruktureinrichtung am Beispiel des Flughafens Leipzig/Halle. Nach der „Wende“ hatte die Region um Leipzig und Halle mit den gleichen Problemen wie viele Städte und Landstriche in den „Neuen Bundesländern“ zu kämpfen: Durch das Wegbrechen traditioneller Absatzmärkte und die abrupt auf dem Markt erscheinenden, meist übermächtigen Wettbewerber vor allem aus Westeuropa lag die einheimische Wirtschaft am Boden, ohne dass dieses Vakuum gleich durch ansiedlungswillige Unternehmen vor allem aus den „Alt-Bundesländern“ gefüllt werden konnte. Einer der Hauptgründe für diese bedauerliche Entwicklung lag in der meist veralteten, nicht bedarfsgerechten Infrastruktur, so dass diese Regionen lediglich als konsumierende, nicht aber als produzierende Standorte begriffen wurden.

Ab dem Jahr 1990 wurde der damals eher provinziell anmutende Flughafen konsequent und Schritt für Schritt zu einem der modernsten europäischen Airports ausgebaut, der sich vor allem auch durch eine vorbildliche Verknüpfung der Verkehrsträger Luft, Straße und Schiene auszeichnet. Realisiert werden konnte dieses ehrgeizige Projekt nur, weil gleichermaßen entschlossen wie vorausschauend investiert wurde und derartigen Großvorhaben notwendiger Weise vorausgehende, sehr komplexe Verwaltungsverfahren durch das RP Leipzig teilweise in „Rekordzeit“ und gleichwohl rechtssicher – auch ein Aspekt moderner Ordnungspolitik – durchgeführt und abgeschlossen werden konnten. So konnte die 3.600m lange „Start- und Landebahn Nord“ nach nur fünf Jahren für Planung, Genehmigung und Errichtung, ein für Projekte dieser Dimension ausgesprochen kurzer Zeitraum, in Betrieb genommen werden.

Die erfreulichen Folgen des kontinuierlichen Ausbaus dieses Provinz- zum europäischen Großflughafen, seiner herausragenden Nutzungsbedingungen und dessen exzellenter Anbindung an das gleichfalls modernisierte mitteldeutsche Autobahn- und Schienennetz sind heute unübersehbar und ja auch weithin bekannt: Der Flughafen Leipzig/Halle wird zurzeit von rund 40 Fluggesellschaften genutzt, zudem hat sich in seinem Umland eine Vielzahl namhafter Unternehmen wie zum Beispiel BMW, Porsche, Quelle, DHL, Amazon oder Dell angesiedelt und in Größenordnungen zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen. Damit ist dieser Airport sicherlich eines der bekanntesten, aber längst nicht das einzige Beispiel für die Effekte der im Freistaat Sachsen konsequent betriebenen Ordnungs- und Standortpolitik.

2.2 Beispiel A 72

Aufgrund der erfreulichen Vielzahl einschlägig tätiger und erfolgreicher Unternehmen weniger an einzelnen Beispielen festzumachen, dafür aber hier im südwestsächsischen Raum noch präsenter ist die zielgerichtete Entwicklung vor allem der Region zwischen sowie um Chemnitz und Zwickau zum mittelständisch geprägten Standort des Automobil- und Maschinenbaus, zweier der Schlüsselindustrien in unserem Regierungsbezirk. Auch hier wurde gezielt gefördert und investiert, wurden Gewerbegebiete erschlossen und zu attraktiven Konditionen bereitgestellt, wurden Schienen- und Straßenverbindungen modernisiert oder neu gebaut.

Bestes Beispiel für den letztgenannten Punkt und gerade auch für den Zwickauer Raum von großer Bedeutung ist die Bundesautobahn A 72, die zwischen Zwickau und Chemnitz ertüchtigt und zwischen Chemnitz und Leipzig neu gebaut wird. Gerade der Neubau der Trasse zwischen den beiden Großstädten Chemnitz und Leipzig, mit dem dann für das sog. „Sachsen-Dreieck“ endlich eine vollständige Erschließung durch Autobahnen vorhanden ist, hat für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in unserem Freistaat eine überragende Bedeutung. Wenn diese etwa 62 km lange Straßenschnellverbindung erst einmal durchgehend befahrbar ist, was leider erst in einigen Jahren der Fall sein wird, besteht eine exzellente Verknüpfung zwischen dem Leipziger Raum und den wirtschaftlich starken Regionen Südwestsachsen mit ihren jeweiligen Zentren des Fahrzeug- und Maschinenbaus, welche die weitere positive Entwicklung in diesen Räumen zusätzlich spürbar beflügeln wird.

Da wir um diese wirtschaftspolitisch erwünschten Effekte wissen, hat gerade dieses Projekt, der Neubau der A 72 zwischen Chemnitz und Leipzig, im Regierungspräsidium Chemnitz, stets herausragende Bedeutung gehabt. Die für die Genehmigung der einzelnen Bauabschnitte erforderlichen Verfahren, die durch eine enorme tatsächliche, fachliche und juristische Komplexität und durch einen immensen Verwaltungsaufwand gekennzeichnet sind, wurden gleichermaßen zügig wie auch gewissenhaft durchgeführt und mit rechtssicheren Entscheidungen zum Abschluss gebracht. Aktuell sind 10 km dieser Trasse für den Verkehr freigegeben, der Baustart für den Abschnitt bis zur Grenze der Regierungsbezirke Chemnitz und Leipzig wird aller Voraussicht nach noch in diesem Jahr erfolgen.

2.3 Verknüpfung von Wissenschaft und Industrie

Einen ordnungspolitischen Rahmen für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Industrie zu schaffen, kann auch als deutlicher Standortfaktor gelten. Der Ansatz, Industrie und Wirtschaft möglichst eng mit universitärer Forschung und Lehre zu verknüpfen, hat hier schon beträchtliche Erfolge gebracht. Ein anschauliches und bekanntes Beispiel ist die Region um Freiberg, die oft – und völlig zu Recht – als „Standort der Zukunftstechnologien“ bezeichnet wird. Die Entwicklung, die Erfolgsgeschichte, die sich dort in den letzten gut anderthalb Jahrzehnten vollzogen hat, wird dabei ebenso gern wie auch zutreffend mit dem Slogan „Vom Silber zum Silizium“ umschrieben.

Einen großen Anteil hieran hat – neben den vielen dort arbeitenden, innovativen Unternehmen der Solar- und Bioenergiebranche, aber auch der Werkstoff- und Fertigungstechnik sowie der Metallurgie und Recyclingwirtschaft – vor allem auch die Technische Universität Bergakademie Freiberg. Die TU Bergakademie ist nämlich als 1765 gegründete und damit älteste montanwissenschaftliche Hochschule der Welt nicht „nur“ der größte Arbeitgeber der Stadt, sondern widmet sich verstärkt den genannten und noch einigen weiteren Branchen der Hochtechnologie und vernetzt sich dabei immer intensiver auch mit adäquaten Partnern aus der – meist regionalen – Wirtschaft, zum Beispiel im „Geokompetenzzentrum Freiberg e.V.“, welcher im Jahr 2002 gegründet wurde. Dieses Zentrum vereint neueste und modernste geo- und montanwissenschaftliche Erkenntnisse und das in der Praxis erworbene Wissen seiner Mitglieder aus Wissenschaft und Forschung, aus Wirtschaft und Verwaltung und erzeugt damit eine Fülle synergetischer Effekte, von denen die TU Freiberg und die Unternehmen der Region in gleicher Weise profitieren.

Auch dies – die Förderung der Vernetzung, der sachorientierten Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen, die Schaffung der Voraussetzungen für einen effektiven, beiderseitigen Wissens- und Technologietransfer ist im Freistaat Sachsen gelebte Wirtschaftspolitik, ist ein erfolgreicher ordnungspolitischer Ansatzpunkt, der in Zukunft sicherlich noch weiter ausgebaut werden wird. Denn nach sächsischem Verständnis ist das Fördern von Innovationen, von Kreativität und Erfindungsreichtum eine der tragenden Säulen einer erfolgreichen, langfristig wirkenden Standortpolitik. Ein solches Selbstverständnis hat in Sachsen nicht nur eine lange Tradition, sondern auch eine vielversprechende Zukunft. Unser Freistaat kann schon jetzt eine hervorragende Infrastruktur im Bereich Wissenschaft und Forschung vorweisen. Außeruniversitäre, staatlich gezielt geförderte Forschungseinrichtungen stellen gemeinsam mit den Instituten an unseren Hochschulen und Universitäten eine Wissenschaftslandschaft, eine Struktur an Technologieentwicklern und Technologieträgern dar, die hierfür beste Voraussetzungen schafft.

Im Rahmen der „sächsischen Exzellenzinitiative“, welche die Sächsische Staatsregierung im März diesen Jahres beschlossen hat, werden den Hochschulen unseres Freistaates Sondermittel in Höhe von rund 160 Millionen Euro für die Spitzenforschung zur Verfügung gestellt werden. Damit werden unsere Universitäten ihre im

harten, globalen (Forschungs-) Wettbewerb erarbeitete, gute Position behaupten und weiter ausbauen können.

In inhaltlicher Hinsicht verfolgt dieses mittel- bis langfristig angelegte Projekt der Staatsregierung das primäre Ziel, Sachsen als Standort der Mikro- und Nanotechnik zu stärken. Dabei sollte aber die „Breitenwirkung“, sollte der branchenübergreifende Ansatz dieser Initiative nicht verkannt oder unterschätzt werden. Die Mikro- und Nanotechnik hat sich heute längst zu einer Grundlagentechnologie entwickelt, ohne deren Erkenntnisse in vielen Technologie- und Industriezweigen nichts oder zumindest nicht mehr viel gehen würde. Auf diesem Gebiet „am Ball“ und auf dem neuesten Stand zu bleiben, ist für „Silicon Saxony“, den vor allem durch Unternehmen der Mikroelektronik geprägten Dresdner Raum, von ähnlich großer Bedeutung wie für die Region Südwestsachsen mit den industriellen Schwerpunkten des Fahrzeug- und Maschinenbaus oder für die „Logistikregion“ Leipzig. Schon deshalb ist auch die Hochschul-, ist auch die Wissenschaftspolitik ein messbarer Standortfaktor und folgerichtig auch ein wesentliches Element der sächsischen Standortpolitik.

3. Standortpolitische Erfolge und Herausforderungen

Der Freistaat Sachsen war im vergangenen Jahr das Bundesland mit der größten wirtschaftlichen Dynamik in Deutschland. Die Wirtschaft unseres Freistaates wuchs insgesamt um 4%, die Industrie sogar mehr als dreimal so stark. Hinter diesen sehr abstrakten Zahlen stehen viele große und kleine Erfolge der hier betriebenen Wirtschaftspolitik, welche gleichermaßen auf die Bewahrung und den Ausbau alter Stärken wie auf die Erschließung neuer, langfristig nutzbarer Potentiale setzt.

Einer der eindrucksvollsten und vor allem auch objektivsten Belege für die Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses sind immer auch die Daten zum Arbeitsmarkt, die hier eine klare Sprache sprechen. Lag die Arbeitslosenquote im Freistaat Sachsen im Jahr 2005 noch bei durchschnittlich 20,0%, konnte sie im letzten Jahr bereits auf 18,9% gesenkt werden. Zum Stand 31.10.07 lag diese Quote bei 14,9%. Selbstverständlich ist mir bewusst, dass die Gründe für diese erfreuliche Entwicklung nicht ausschließlich „hausgemacht“ sind. Die globalen Rahmenbedingungen, die seit Monaten wachsende Weltwirtschaft haben mit Sicherheit einen großen Anteil an der Ausprägtheit, mit welcher sich der Arbeitsmarkt in Sachsen positiv entwickelt hat.

Dennoch – wäre die sächsische Wirtschaft nicht gut aufgestellt, hätte sie nicht rechtzeitig auf „Zukunftsbranchen“, wie eben unter anderem den Fahrzeug- und Maschinenbau, wie die Mikroelektronik, wie den Logistiksektor gesetzt, könnte sie nicht in diesem Ausmaß von den sich gegenwärtig vollziehenden Entwicklungen profitieren.

Dieses erreichte hohe Niveau in Zukunft zu halten und weiter zu steigern, wird kein „Selbstläufer“ werden. Die ordnungspolitischen Herausforderungen, vor denen auch der Freistaat Sachsen in den nächsten Jahren steht, werden nicht kleiner werden. Allein das zur Zeit viel publizierte und diskutierte Schlagwort „Fachkräftemangel“, mit dem gemeinhin absehbare und zum Teil bereits eingetretene Entwicklungen – nicht nur in Sachsen – umschrieben werden, steht für Handlungsfelder, in denen staatliche Akteure im Rahmen ihrer ordnungs- und standortpolitischen Verantwortung zeitnah aktiv werden und effektive Instrumente entwickeln müssen.

Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy

- 2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise
- 2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?
- 2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia
- 2007 – 4 Claphman, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft
- 2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance
- 2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective
- 2007 – 7 Lipman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects
- 2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration
- 2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee
- 2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie des Landes Sachsen im internationalen Standortwettbewerb

Herausgeber:

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul
Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

www.Ordnungspolitisches-Portal.de